



147/2004

Kiel, 13. Dezember 2004

Vorschau auf die 48. Tagung: Rekordverdächtige Tagesordnung in der vorletzten Tagung dieser Legislaturperiode

Kiel (SHL) –*Drei volle Beratungstage hat der Landtag ab kommenden Mittwoch, 15. Dezember 2004, 10:00 Uhr, vor sich. Eine Tagesordnung mit über sechzig Punkten gilt es abzuarbeiten. Für dreißig Punkte ist auf der Tagesordnung keine Aussprache vorgesehen, damit das Pensum bis Freitagabend erledigt werden kann. Vierzehn Zweite und zehn Erste Lesungen von Gesetzesvorlagen hat das Parlament zu beraten. Zum Auftakt geht es um die Bildungspolitik.*

Mit der **Bildungsqualität im gegliederten Schulwesen** befasst sich ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/3849), der zu Beginn der Landtagssitzung eine Stunde lang diskutiert wird. Die Forderung nach verbesserter Bildungsqualität verbindet die CDU darin mit einem Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen. Der schulformbezogene Unterricht solle ebenso erhalten bleiben wie die entsprechende Lehrerausbildung. Einen Bericht der Landesregierung zu **PISA II** fordert die Regierungskoalition (Drs. 15/3857). Hintergrund: Im Jahre 2003 hat die Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD erneut Schülerinnen und Schüler in 41 Staaten getestet. Im Mittelpunkt standen diesmal die mathematischen Kenntnisse und Fähigkeiten von insgesamt 250.000 Schülerinnen und Schülern. In Deutschland nahmen 216 Schulen und 4.660 Jugendliche an der Vergleichsstudie teil. Gegenüber dem schlechten Abschneiden bei der ersten Studie konnten sich Deutschlands Schüler bei PISA 2 leicht verbessern. Sie belegen nun in den drei Testkategorien Ränge zwischen 15 und 19 unter den 29 gewerteten OECD-Mitgliedern.

Danach geht es um einen Antrag der Fraktionen von FDP und CDU, in dem die **Entlassung der Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie**, Anne Lütkes, gefordert wird. (Drs. 15/3853). Hintergrund dieser Forderung an die Ministerpräsidentin ist der Justizskandal um den aus der Justizvollzugsan-

stalt Lübeck- Lauerhof entkommenen Häftling Christian Bogner, der gestanden hat, während seiner Flucht einen Mann aus Eutin ermordet zu haben.

Danach geht es um die Medienpolitik: In Zweiter Lesung wird über das **Gesetz zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag** beraten. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 15/3823) vor. Mit den Stimmen der Regierungskoalition empfiehlt der Ausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung (Drs. 15/3747). In einem **Entschließungsantrag zum Staatsvertrag** (Drs. 15/3830) fordern SPD und Grüne zudem die öffentlich-rechtlichen Sender auf, ihre Strukturreformen voranzutreiben. Sie loben den NDR für seine sparsame Verwendung der Haushaltsmittel und erinnern an den Kulturauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Mit einem weiteren **Gesetzentwurf** (Drs. 15/3833), den SPD und Grüne zur Ersten Lesung einbringen, will die Koalition die beiden größten **Privatsender (zurzeit RTL und Sat.1)** verpflichten, durch einen lokalen „Fensterprogrammveranstalter“ eine werktägliche halbstündige Regionalsendung mit „Schleswig-Holstein-Bezug“ zu senden. Dieser „Fensterprogrammveranstalter“ soll redaktionell unabhängig vom Hauptsender sein und von diesem finanziell abgesichert werden. Dieser Entwurf knüpft an einen Beschluss des Landtags vom September an, den Privatsendern die Produktion ihrer Regionalprogramme vor Ort vorzuschreiben.

Anschließend geht es wiederum um Bildungspolitik: Die CDU fordert in einem Antrag den **Abbau von Bildungsbürokratie** und zugleich mehr Wettbewerbsföderalismus im Bildungsbereich (Drs. 15/3769). Die Kultusministerkonferenz soll sich demnach auf ihre Kernaufgaben beschränken. Das Einstimmigkeitsprinzip soll nach dem Willen der CDU durch ein Mehrheits-Quorum ersetzt werden. Insgesamt wird ein größerer Handlungsspielraum für die Bundesländer gefordert. Hintergrund sind die laufenden Beratungen der Föderalismuskommission des Bundes und der Länder.

Am **Nachmittag** geht es zunächst um die **Umsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe**. Hierzu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/3760), über den debattiert wird. Dabei geht es um die Umsetzung eines Rahmenkonzepts aus dem Jahr 2001. Die Landesregierung betont, dass es gelungen sei, wesentliche Fortschritte in der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu erreichen. Die strukturellen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit seien verbessert worden. Anhand einiger Beispiele wird gezeigt, wie sich die praktische Kooperation vor Ort durch Projekte gestaltet.

Schleswig-Holsteinische Schulen als rauchfreie Zone zu bestimmen, fordert die CDU in einem erneuten Antrag an den Landtag (Drs. 15/3845). Die Landesregierung soll demnach dafür sorgen, dass an Schulen im Lande und auf dem Schulgelände nicht mehr geraucht wird. Eine Anti-Raucherkampagne soll dies an den Schulen unterstützen.

In Zweiter Lesung wird danach über das **Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz** beraten. Der Innen- und Rechtsausschuss hat dazu eine Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 15/3820), wonach der Landtag den Gesetzentwurf der Regierung unverändert annehmen soll. Ziel des Gesetzes: Das Sozialgericht Schleswig soll ab 2005 schwerpunktmäßig Streitfälle bei der Sozialhilfe oder bei Leistungen für Asylbewerber übernehmen.

Nächstes Thema ist die **Landesbauordnung** und das **Baugesetzbuchausführungsgesetz**. In Zweiter Lesung wird hier entschieden. Grundlage ist eine Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 15/3824). Gemäß der von SPD und Grünen eingebrachten Änderung der Landesbauordnung sollen in Schleswig-Holstein alle Wohnungen bis Ende 2009 mit Rauchmeldern ausgerüstet werden und bis Ende 2014 einen eigenen Wasserzähler erhalten. Mit den Stimmen der Regierungskoalition empfiehlt der Ausschuss die Annahme dieser Änderung. Die Änderung des zweitgenannten Gesetzes wird vom Ausschuss einstimmig empfohlen. Hintergrund: Nach geltendem Recht kann eine "Umnutzung" von alten landwirtschaftlichen Gebäuden nur noch bis Ende 2004 bei den Bauämtern beantragt werden. Die CDU hatte beantragt, die Frist bis 2008 zu verlängern und so den Umbau etwa von Scheunen zu Ferienwohnungen auch künftig zu erleichtern.

Danach geht es dann in Zweiter Lesung um die **Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsrechtsgesetz des Bundes**. Hier empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes (Drs. 15/3826). Künftig ist damit für gleichgeschlechtliche Paare die so genannte Stiefkind-Adoption möglich. Das heißt: Sie können das leibliche Kind eines Partners adoptieren, wenn der andere Elternteil des Kindes zustimmt. Zurzeit ziehen laut Statistischem Bundesamt 16 Prozent der rund 159.000 gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in Deutschland ein Kind groß.

Am **Donnerstag, 16. Dezember**, geht es zunächst um das Thema **Älter werden in Schleswig-Holstein**. Grundlage der Beratung ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion dazu (Drs. 15/3815). Einige Zahlen aus der Antwort: In Schleswig-Holstein ist die Gruppe der Menschen, die über 60 Jahre alt sind, seit 1987 um über 30 Prozent gestiegen – ein Viertel der Bevölkerung gehört dieser Altersgruppe inzwischen an. Die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe ist leicht angestiegen- 6,9% der Frauen und 17,1% der Männer diesen Alters sind noch erwerbstätig. Es gibt immer mehr Pflegebedürftige – insgesamt beziehen über 77.000 Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung.

In Zweiter Lesung geht es danach um das **Landesbesoldungsgesetz**. Die im Februar 2004 vom Bundestag beschlossenen Reformen des Hochschul- und Professorenbesoldungsrechts ordnen die Besoldung aller Beschäftigten im Hochschulbereich grundlegend neu. Um den Leistungsgedanken zu stärken ist darin eine Abkehr von nach dem Dienstalter aufsteigenden Grundgehältern

verankert. Was zählt, ist die erbrachte Leistung. Professoren sollen künftig außer dem Grundgehalt auch Leistungsbezüge erhalten. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung zielt auf die erforderliche landesgesetzliche Umsetzung und Ausgestaltung der Änderungen ab. Der federführende Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Regierungskoalition, den Entwurf mit wenigen Änderungen anzunehmen. (Drs. 15/3806) Die CDU-Fraktion hat dazu einen Änderungsantrag vorgelegt (Drs. 15/3850), weil sie die Bezahlung der Kanzler und Rektoren der Hochschulen anders regeln möchte.

Ebenfalls in Zweiter Lesung geht es dann um die Änderung des **Grundwasserabgabengesetzes**. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Umweltausschusses vor (Drs. 15/3788). Mit den Stimmen der Regierungskoalition wird empfohlen, den Gesetzentwurf leicht verändert anzunehmen. Hintergrund: Der Landtag hat im Dezember 2003 mit rot-grüner Mehrheit auf Antrag der Landesregierung eine Erhöhung der Grundwasser-Entnahmeabgabe beschlossen. Seit 1. Januar 2004 zahlen private Wasserkunden 11 Cent pro Kubikmeter Grundwasser (zuvor: 5,1 Cent). Diese Abgabe wird nun über den Zeitraum von 2005 hinaus gesetzlich festgelegt.

Nächster Punkt: Die Landesregierung will die **Justizverwaltungskosten**, zum Beispiel die Gebühren für Abschriften und Beglaubigungen, anheben und die entsprechende Regelung an Bundesvorgaben anpassen. Dies sieht ein Gesetzentwurf des Justizministeriums vor, den der Landtag in Erster Lesung berät. (Drs. 15/3800)

Die **Bahnverbindung Kiel-Hamburg** sind danach Gegenstand der Beratungen. Die FDP fordert in einem Antrag dazu die Landesregierung auf, die entsprechenden Planungen voran zu treiben. (Drs. 15/3740) Dabei geht es insbesondere um die direkte Bahnanbindung zum Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel.

Am **Nachmittag** starten die Beratungen mit dem Thema **Bioenergie: Der Landwirt als Energiewirt**. SPD und Grüne hatten die Landesregierung gebeten, zum Thema Biomassenutzung mündlich zu berichten (Drs. 15/3743).

Anschließend geht es um die **Bekämpfung von Stalking**. Ein Antrag der CDU dazu fordert die Landesregierung auf, sich einer hessischen Bundesratsinitiative anzuschließen und dem Stalking-Bekämpfungsgesetz zuzustimmen. (Drs. 15/3748). Auch die Fraktionen SPD und Grüne wollen Stalking unter Strafe stellen (Drs. 15/3837). Unter Stalking versteht man das systematische und zielgerichtete Belästigen und Verfolgen von Menschen. Anwälte sprechen von 500.000 bis 600.000 Stalking-Fällen pro Jahr in Deutschland. Davon enden rund 100 tödlich.

Energiepolitik ist das darauf folgende Thema der Beratungen. Dazu haben SPD und Grüne einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/3829), in dem sie die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie erneut unterstreichen und als vorrangige Aufgabe bezeichnen.

In Zweiter Lesung wird danach über zwei Gesetzentwürfe beraten, die das **Kommunalrecht** betreffen: Das von SPD und Grünen vorgelegte **Gesetz zur Verbesserung der kommunalen Verwaltungsstruktur** (Drs. 15/3602) sieht vor, dass Ämter mit mehr als 8.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Amts-Bürgermeister wählen dürfen; ab 15.000 Einwohnern soll dies grundsätzlich so sein. Welche Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses ergeht, entscheidet sich erst in der Mittagspause des Donnerstag. Für diesen Zeitpunkt ist eine Sitzung des Ausschusses anberaumt. Das gleiche gilt für den Gesetzentwurf der FDP **zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften** (Drs. 15/3819). Die FDP-Fraktion schlägt bei der Berechnung der Ausschusssitze pro Partei die Anwendung der Rechenmethode nach Hare-Niemeyer anstelle der bislang verwendeten Methode nach d'Hondt vor. Zudem fordern sie eine Grundmandatsklausel, um auch kleinen Kommunal-Fraktionen Plätze in den Ausschüssen zu garantieren.

Um den **Staatsvertrag über ein Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung** geht es danach in Erster Lesung (Drs. 15/3718 neu). Hintergrund: Aufgrund der Änderung des Bundesgesetzes zur Juristenausbildung müssen auch die Bundesländer ihre entsprechenden Vorschriften anpassen. Da Schleswig-Holstein seit 1972 mit Hamburg und Bremen ein gemeinsames Prüfungsamt betreibt, geschieht diese Anpassung in Form eines Staatsvertrags der drei beteiligten Länder, den die Landesregierung dem Landtag nun in erster Lesung zur Ratifizierung vorlegt.

Mit einigen Forderungen an die Landesregierung wollen SPD und Grüne den **Zivildienst weiterentwickeln** (Drs. 15/3832). Unter anderem soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative starten, um die Förderung der Freiwilligendienste als Weiterentwicklung bzw. Alternative zum Zivildienst einzufordern. Insgesamt sollen Zeiten, die junge Menschen bei Freiwilligendiensten verbracht haben, besser anerkannt werden – z.B. als Wartezeit bei Studiengängen und als Ersatzzeiten in der Sozialversicherung.

Am **Freitag, 17. Dezember**, geht es in Erster Lesung zunächst um einen Gesetzentwurf der FDP zum Thema **Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten** (Drs. 15/3852). Demnach soll es in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine Elternvertretung geben, in Anlehnung an die Elternbeiräte der Schulen. Zudem soll im Gesetz eine Landes-Elternvertretung verankert werden, die von den Kreis- beziehungsweise Stadtgremien gewählt wird und die vom Familien-Ministerium gehört und informiert werden muss. Auch sollen die Elternvertreter die Möglichkeit erhalten, an den Sitzungen des örtlichen Jugendhilfe-Ausschusses teilzunehmen.

Nächstes Thema ist die **Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband von 1995**. Die Landesregierung möchte den Vertrag im Einvernehmen mit dem Sparkassenverband und braucht dafür die Zustimmung des

Landtages (Drs. 15/3797). Hintergrund sind die verschärften Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Versicherungsmärkte. Der Sparkassenverband ist Eigentümer der Provinzial Aktiengesellschaften und will daher die Zukunftsfähigkeit der Provinzial Versicherungen sicherstellen. Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird ein Bericht der Landesregierung über die **Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel** abschließend zur Kenntnis genommen (Drs. 15/3842, Beschlussempfehlung des Finanzausschusses).

Nächstes Thema ist der **Hochwasserschutz**. Nach der Jahrhundertflut vom Sommer 2002 hat der Bundestag ein Hochwasserschutzgesetz beschlossen. Es sieht unter anderem die Stilllegung von Ackerbauflächen auf überschwemmungsgefährdeten Gebieten in Flussnähe vor. Dies soll der Bodenerosion und der Ausschwemmung von Schadstoffen im Falle eines Hochwassers vorbeugen. Auch sollen in der Nachbarschaft von gefährdeten Gewässern keine Bau- oder Gewerbegebiete mehr ausgewiesen werden dürfen. Hiergegen regt sich Widerstand auf Ländersseite. Neben den unionsgeführten Bundesländern sprechen sich auch die SPD-regierten Länder Brandenburg und Rheinland Pfalz gegen das Vorhaben aus. Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf in einem Antrag auf, im Bundesrat ebenfalls dagegen zu votieren (Drs. 15/3846).

Bis zur Mittagspause wird danach über drei Berichte der Landesregierung beraten: den **Tätigkeitsbericht der Technologiestiftung 2003** (Drs. 15/3651), den **Bericht zur Politischen Bildung 2004** (Drs. 15/3734) und den Bericht zum **Tierschutz in Schleswig-Holstein 2004** (Drs. 15/3737).

Erstes Thema am **Nachmittag** ist die **Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein**. Auf Antrag der Regierungskoalition wird die Landesregierung mündlich über die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt berichten (Drs. 15/3643).

Danach geht es um Europapolitik: Der SSW im Landtag fordert die **Ablehnung der EU-Richtlinie über die Dienstleistungen im Binnenmarkt** (Drs. 15/3844). Hintergrund ist eine beabsichtigte Regelung der EU-Kommission, wonach bei der Erbringung von Dienstleistungen künftig das Herkunftslandsprinzip gelten soll. Danach müssten Dienstleistungserbringer sich lediglich an die Rechtsvorschriften ihres Herkunftslandes halten. Der SSW befürchtet, dass Sozialabbau und Lohndumping die Folgen wären. Der EU-Ministerrat befasst sich im Januar 2005 mit der Richtlinie.

Eine Erfolgsquote von zwanzig Prozent bei der Abarbeitung von **Petitionen** ganz oder teilweise im Sinne der Petenten kann der Petitionsausschuss im dritten Quartal dieses Jahres vorweisen. Der **Tätigkeitsbericht** für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 2004 wird dem Plenum zur Kenntnis gegeben (Drs. 15/3851). 104 neue Petitionen wurden in diesem Zeitraum eingereicht.

Anschließend geht es um die **Perspektiven der Förderung des Ländlichen Raumes**. Hierzu liegt ein Bericht der Landesregierung (Drs. 15/3750) vor. Hin-

tergrund: Die laufende Förderperiode 2000 bis 2006 läuft aus. In diesem Zeitraum fließen insgesamt über 250 Millionen Euro aus EU-Mitteln nach Schleswig-Holstein, die überwiegend im Rahmen des Programms „Zukunft auf dem Land“ (ZAL) weitergeleitet werden. Die Befürchtung: Nach der EU-Osterweiterung könnte Schleswig-Holstein in der kommenden Förderperiode 2007 bis 2013 finanzielle Nachteile erleiden, weil die Fördergelder nun mit den strukturschwachen Regionen in den Beitrittsländern geteilt werden müssen. Die Landesregierung verweist darauf, dass eine genaue Abschätzung der zukünftigen Finanzströme erst ab der zweiten Jahreshälfte 2005 möglich sei. Sie geht jedoch von einem „gekürzten Gesamtbudget“ aus und fordert die anderen Bundesländer und die Bundesregierung auf, sich für eine „ausreichende finanzielle Ausstattung“ der Länder und für einen kompletten Erhalt der Fördermöglichkeiten einzusetzen.

Die Landesregierung legt dem Landtag einen Bericht über die Einrichtung eines **Hauses der Kulturverbände** vor, den das Parlament auf Initiative der CDU angefordert hat. Die Union hatte angeregt, die Aktivitäten der Kulturverbände zu bündeln, etwa durch eine gemeinsame Geschäftsstelle, die gemeinsame Nutzung von technischen Einrichtungen oder ein gemeinsames Marketing. Dieses Konzept hält das zuständige Kulturministerium für „schlüssig und überzeugend“. Der Landeskulturverband hat sich als Initiator für die Umsetzung des Konzepts angeboten. Allerdings ist laut Landesregierung eine weitgehend kostenneutrale Lösung wesentliche Voraussetzung der Realisierung.

Der **Bericht der Bürgerbeauftragten für Soziale Angelegenheiten** über ihre Tätigkeit im Jahr 2003 wird danach abschließend vom Plenum zur Kenntnis genommen (Drs. 15/3762, Beschlussempfehlung des Sozialausschusses).

Letztes Thema dieser Tagung sind die **Konsequenzen aus dem „Kopftuch-Urteil“**. Auf Antrag der CDU hatte sich damit der Bildungsausschuss befasst. Ziel der CDU war es, das Kopftuch-Tragen für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen zu untersagen. Mit den Stimmen von SPD und Grünen empfiehlt der Ausschuss dem Plenum, den Antrag der CDU abzulehnen (Drs. 15/3792 neu).

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab Dienstagnachmittag im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

Der *Offene Kanal Kiel* überträgt die Plenartagung am Mittwoch live im Fernsehen, die Landtagssitzungen am Donnerstag und Freitag werden (wegen der parallel laufenden Kieler Ratsversammlung) aufgezeichnet und am Montag bis Donnerstag, 20. bis 23. Dezember, jeweils von 10:00 bis 13:00 Uhr gesendet.

Reihenfolge der Beratung der 48. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch **Fettung** hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 15. Dezember 2004			
37 u. 40	Bildungsqualität im gegliederten Schulwesen verbessern und PISA II	60	10:00
38	Entlassung der Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	60	11:00
11 u. 19	Gesetz zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und Änderung des Landesrundfunkgesetzes	35	12:00
29	Bildungsbürokratie abbauen	30	12:35
47	Umsetzung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe	30	15:00
36	Schleswig-Holsteinische Schulen als rauchfreie Zonen	30	15:30
8	Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz	35	16:00
12	a) Änderung des Baugesetzbuch-Ausführungsgesetzes b) Änderung der Landesbauordnung	35	16:35
14	Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz	35	17:10
Donnerstag, 16. Dezember 2004			
26	Älter werden in Schleswig-Holstein	60	10:00
5	Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	35	11:00
2	Änderung des Grundwasserabgabengesetzes	35	11:35
17	Landesjustizverwaltungskostengesetz	30	12:10
27	Bahnverbindung Kiel – Hamburg	30	12:40
71	Bioenergie: Der Landwirt als Energiewirt	30	15:00
28	Bekämpfung von Stalking	30	15:30
31	Verlässliche Energiepolitik für eine nachhaltige und wettbewerbliche Entwicklung der Energiemärkte	30	16:00
6 u.7	Gesetz zur Verbesserung der kommunalen Verwaltungsstruktur und Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	35	16:30
16	Staatsvertrag über ein Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung	35	17:05
33	Zivildienst weiterentwickeln	30	17:40
Freitag, 17. Dezember 2004			
23	Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungsrechte von Elternvertretungen in Kindertagesstätten	30	10:00
30 u. 64	Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Sparkassen- und Giroverband und Zukunft der Provinzial Nord Versicherungsgruppe mit Sitz in Kiel	35	10:30
41	Ablehnung des Gesetzes zur Verbesserung des Hochwasserschutzes	30	11:05

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
42	Tätigkeit der Technologiestiftung 2003	30	11:35
43	Bericht zur politischen Bildung 2004	30	12:05
44	Tierschutz in Schleswig-Holstein 2004	30	12:35
70	Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein	30	15:00
35	Ablehnung der EU-Richtlinie über die Dienstleistungen im Binnenmarkt	30	15:30
67	Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses	5	16:00
45	Perspektiven der Förderung des ländlichen Raumes	30	16:05
46	Haus der Kulturverbände	30	16:35
48	Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten	30	17:05
50	Konsequenzen aus dem „Kopftuch-Urteil“	35	17:35

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstat-terinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		angemeldete Redezeit
3	Staatsvertrag über die planerischen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb eines Freien-Elektronen-Lasers	5
4	Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 89/48/EWG für die Lehrämter	5
9	Änderung des Landesaufnahmegesetzes	5
13	Gerichtspräsidiumswahlgesetz	5
15	Änderung des Landespressegesetzes	5
18	Verjährungsrechtsanpassungsgesetz	-
20	Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung	-
21u25	Änderung des Hafenanlagensicherheitsgesetzes	-
22	Änderung des Gesetzes zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004	-
24	Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes	-
32	Kommunale Einnahmeentwicklung	-
34	Erdverkabelung bei Ausbau des Stromnetzes	-
39	OECD-Bericht zur Betreuung, Bildung und Erziehung	-
49	Patentverwertungsagentur der Hochschulen	5
51	Weltkulturerbe Danewerk	5
52	Entlastung des Landesrechnungshofs für das Jahr 2002	5
53	Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen	5
54	Neuorientierung des Arbeitsmarktes	5
55	Reform der Arbeitsverwaltung „Vermitteln statt verwalten“	5
56	Für mehr Beschäftigung: Kündigungsschutz sofort lockern!	5
57	Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt	5
58	Liberalisierung des Ladenschlusses	5

59	Umsetzung von "HARTZ IV"	5
60	Umsetzung von "HARTZ IV"	5
61	Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität	5
62	Bericht Universitätsklinikum Schleswig-Holstein 2003	-
63	GA Verbesserung der Wirtschaftsstruktur 2005 - 2008	-
65	Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr	5
68	Ziele und Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs	5
69	Schleswig-Holsteinisches Literaturfestival	5

Es ist vorgesehen, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

10	Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen
66	Europabericht 2003/2004